



Der Bundesinnenminister appelliert an die junge Generation

„Nicht warten, sondern kämpfen“

In einem kurzweiligen Vortrag wagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière den Blick nach vorne. Kampfbegriffe wie etwa die „Rentnerrepublik“ oder gar die „Diktatur der Alten“ hält er für taktlos und unbegründet. Gerade Großeltern seien schließlich nicht für Egoismus bekannt. In der wandelnden Altersstruktur sehe er Riesenchancen für das politische Engagement und Ehrenamt.

Auch an die Jugend im Saal adressierte er eindringliche Worte. „Es war selten so, dass die Alten freiwillig Platz gemacht haben. Also warten Sie nicht, sondern kämpfen Sie um ihre Position. Machen Sie uns Feuer unter dem Hintern.“

Peter Andre



Zukunft ist wandelbar

Für Silke Mitnacht (24) stellt sich nicht die Frage, ob Deutschland 2030 ein Staat mit demokratischer Grundordnung ist, sondern wie wir sie gestalten. Zeit sei ein knappes Gut. Das bekommt gerade ihre Generation zu spüren. Für viele heißt das: nur in sich selbst investieren. Engagement wird nur bei Selbstbetroffenheit gezeigt. Ganz klar, die Demokratie muss sich anpassen. Zukunft kann nur durch das Miteinander der Generationen gestaltet werden. Dazu braucht die Jugend Vorbilder, die motivieren und zeigen, dass Engagement etwas bewegt.

Ergebnisse der ersten TED-Umfrage*:

1. Stellt der demografische Wandel eher eine Chance oder eher eine Gefahr für die Demokratie dar?



2. Werden die Politiker ihre Politik eher an den Interessen der Älteren ausrichten?



3. Stellt der demografische Wandel eine Chance für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt dar, weil sich immer mehr Ältere engagieren?



*Insgesamt fanden 3 Umfrage-Runden statt. Die Ergebnisse aller TED-Umfragen stehen online zur Verfügung.

Was uns 2030 erwartet ...

Prof. Dr. Tilmann Mayer
Präsident Deutsche Gesellschaft für Demographie e. V.

immer weniger: Die Gesamtbevölkerung schwindet (Prognose 2060: 70,1 Mio). Der Anteil der Generation 65plus steigt auf 29% (08/09: 20%), der Anteil der Erwerbstätigen und Jugend schrumpft weiter.

immer älter: Die Lebenserwartung steigt und die Geburtenraten sinken. Ältere sind aktiver in puncto Wahlbeteiligung, das verstärkt den Trend, den die Demografie vorgibt. Dies ergibt nicht zwingend einen Generationenkonflikt.

immer bunter: Ausländische Bevölkerungsanteile sind zwischen 1974 und heute von 4 Mio auf ca. 7 Mio gewachsen – eine nicht zu vernachlässigende ethno-diverse Komponente. Rekrutieren sich die demokratischen Akteure bisher genügend aus diesen Kreisen?

Dr. Melanie Piepenschneider

Leiterin Politische Bildung
der Konrad-Adenauer-
Stiftung



Vorurteile antizipieren – Chancen erkennen

Älter, bunter, vielfältiger und weniger – so sieht die Zukunft Deutschlands aus. Der deutsche Souverän, das Volk, verändert seine Gestalt. Und was bedeutet das für unsere Demokratie?

Bekanntlich sind Prognosen schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Trotzdem ist eine Auseinandersetzung mit der Fragestellung notwendig. Es gilt schon jetzt Vorurteile und Ängste zu antizipieren, Chancen und Handlungsoptionen zu erkennen. Einfache Antworten haben wir im Rahmen des Kongresses nicht gefunden. Dies war auch nicht zu erwarten, dafür ist die Materie zu komplex.

Das Ziel war, in einem offenen Diskurs, dem Zusammenhang zwischen Demokratie und Demografie nachzugehen – und damit gesellschaftliche Gruppierungen, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft für das Thema zu sensibilisieren. Dies ist gelungen.

Für die Politische Bildung ist es längerfristig eine Überlebensfrage, die Auswirkungen des demografischen Wandels in die Arbeit einzubeziehen. Auf der inhaltlichen Seite bedeutet dies, den „demografischen Wandel“ in seinen vielfältigen Facetten in das Repertoire der Themenangebote aufzunehmen.

Die größere Baustelle ist allerdings, in einem immer bunter und vielfältiger werdenden Deutschland, eine gemeinsame Vorstellung von Demokratie zu erarbeiten und zu vermitteln. Für und mit allen Bürgern – seien sie jung oder alt, mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte, Christ, Muslim oder Atheist – einen gleichermaßen verbindenden Wertekanon zu finden. Sich für das Gemeinwohl in die Pflicht nehmen lassen, Verantwortung zu übernehmen, Gerechtigkeit anzustreben, Toleranz zu üben und Freiheit zu fördern – all dies zu begründen, zu aktivieren und mit Leben zu füllen, wird mehr denn je im Zentrum politischer Bildungsarbeit stehen müssen.

Lassen Sie uns das Nachdenken auf dem nächsten Demokratiekongress im Herbst 2015 in Magdeburg fortsetzen!



Bloß nicht ausruhen Für Demokratie muss gekämpft werden

Ein Leben mit Demokratie wurde mir in die Wiege gelegt. Ich habe sie mit der Muttermilch aufgesogen. Genauso wenig, wie ich mir ein Leben ohne Farben, Wärme oder Musik vorstellen kann, geht es mir mit Demokratie. Eine Welt, in der nicht mitgeredet wird, mehr noch: in der gar nicht erst mitgeredet werden kann – absolut unvorstellbar. Wer zwanzig Jahre in einer funktionierenden Demokratie lebt und – Gott sei Dank – nie etwas anderes erlebt hat, der gewöhnt sich daran. Wie wäre es, dringendere Probleme zu haben als die morgige Kleiderwahl, die nächste Klausur, mein nächstes Date ... ?

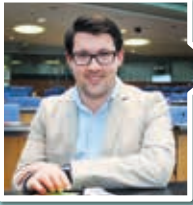
Demokratie ist mir also etwas Selbstverständliches geworden. Dabei ist sie das gar nicht. Man braucht nur wenige Jahrzehnte zurückzublicken, um das in aller Deutlichkeit vor Augen geführt zu bekommen. Für Demokratie muss man kämpfen. Viele Generationen vor unserer haben das oft leidvoll erfahren müssen. Wir haben das nie lernen müssen. Können wir den Wert der Demokratie überhaupt schätzen, wenn wir ihren Preis nicht zahlen mussten?

Ich hoffe es. Die Zukunft wird unsere Demokratie vor große Herausforderungen stellen. Ein demografischer und ein klimatischer Wandel stehen uns bevor. Globalisierung und Digitalisierung lassen die Erde so schnell rotieren wie nie. Und gerade die außenpolitischen Turbulenzen dieser Tage lassen unsere rosige Zukunft oft ganz schön schwarz aussehen.

Es liegt an uns. Überlassen wir Merkel, Gabriel und Co die Bühne der Politik nicht für sich! Gerade das Kleine zählt, wenn's ums Ganze geht. Werden wir nicht müde, für die Demokratie zu kämpfen! Dann dürfte es gelingen, auch die nächsten Generationen vor unser Luxusproblem zu stellen: Sich ein Leben ohne Demokratie gar nicht erst vorstellen zu können.



Peter Andre
SPIESSER-Nachwuchsjournalist



Politik der Alten?

Maximilian Mühlens
SPIESSER-Nachwuchsjournalist

Wer wird später die Oberhand über politische Entscheidung haben?

Die Jungen oder doch die Alten? Schon längst macht sich auch in der Politik demografische Wandel bemerkbar. So berichtet Prof. Tilman Mayer vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Uni Bonn im „Tagesspiegel“, dass das Durchschnittsalter der meisten Parteien, ausgenommen der Grünen, schon heute bei ungefähr 60 Jahren liegt.

Seit Mitte der siebziger Jahre lässt sich beobachten, dass die Wahlbeteiligung immer weiter sinkt. Fakt ist, dass ältere Bürger eher wählen gehen, als jüngere – was problematisch werden kann. Auch die Bereitschaft sich politisch zu engagieren, wird innerhalb der jungen Generation weiter abnehmen – sei es aus Desinteresse oder Zeitmangel.

Wichtig wird es in Zukunft sein, dass die nachwachsenden Generationen junger Migranten, die in einigen deutschen Städten stark vertreten sind, in den politischen Diskurs zu integrieren.

Der Kongress in Bildern

Dr. Hans-Gert Pöttering,
Vorsitzender der KAS
eröffnete den Demokratie-
Kongress



Gesellschaft ohne Ehrenamtler?

Jona Schmidt
SPIESSER-Nachwuchsjournalist

Die Jungen werden immer weniger und unpolitischer, die Migranten werden zwar mehr, sind politisch aber noch nicht vollständig integriert. Studenten sehen sich straffen Stundenplänen ausgesetzt, während das Karrieredenken die Arbeitswelt dominiert. Steht das freiwillige Engagement deshalb vor dem Aus?

Die Diskussion des Forums machte deutlich: Durch den Wandel der Gesellschaft müssten auch die Strukturen und Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements angepasst werden. Bisher wenig beachtete Institutionen wie etwa Schulen und Unternehmen, könnten bereits frühzeitig zur Ausübung eines solchen motivieren. Gleichzeitig solle freiwilliges Engagement gesellschaftlich und im Berufsleben mehr anerkannt werden, schließlich erlangten die Engagierten dabei vielerlei Kompetenzen.

Einig waren sich alle Beteiligten darin, dass der demografische Wandel freiwilliges Engagement verändern, aber nicht beenden werde. Und nicht selten, so verblieben die Teilnehmer optimistisch, seien Veränderungen ja auch etwas Positives.



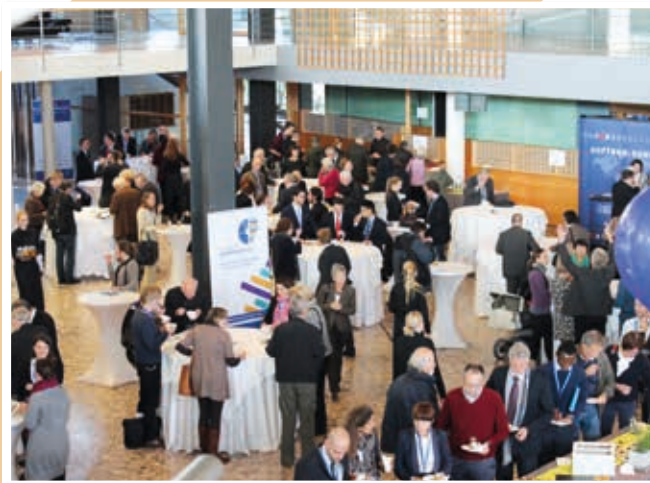
Alle einbeziehen

Adrian Arab
SPIESSER-Nachwuchsjournalist

In Zeiten des demographischen Wandels muss die Politik Antworten auf die Frage finden, wie Menschen aller Generationen für die Politik begeistert werden können. Politische Bildung ist besonders in Zeiten essentiell, in denen radikale Strömungen die Grundpfeiler unserer Demokratie einzureißen drohen.

Mit den neuen Medien – allen voran das Internet – verfügt die Politik über Wege, viele Menschen immer und überall erreichen zu können. Trotzdem liegt die Kunst darin, gerade auch die Menschen einzubeziehen, die sich diesem Medienwandel bisher nicht anschließen konnten.

Die Erziehung zur Medienkompetenz spielt an dieser Stelle eine wichtige Rolle. Was in Grundschulen beginnen sollte, darf bei Menschen der älteren Generation nicht aufhören. Nur so kann die Politik in den Dialog mit allen Menschen treten. Diesem dringenden Thema spürten die Experten im Forum nach.



Maria Grunwald, Moderatorin

„Meines Erachtens gibt es zwei große Gefahren: Die Gefahr, dass den gesunden Alten nicht genug Verantwortung übergeben wird und deren Potential nicht genutzt wird. Und die Gefahr, dass wir es nicht schaffen Zuwanderung positiv zu bewerten, denn auf diese sind wir angewiesen.“

Und jetzt?

Mehr Informationen zum Kongress, die Nachbereitung mit allen Reden und vielen Fotos gibt es im Netz: kas-demokratiekongress.de

Die Fachdiskussion der Referenten zum Thema „Demografie und Demokratie“ finden Sie auch auf tagesspiegel.de

Mehr zum Thema demografischer Wandel bei der Konrad-Adenauer-Stiftung hier: kas.de/wf/de/21.30/

Der nächste Demokratie-Kongress findet im Herbst 2015 in Magdeburg statt.

Neue Herausforderungen – neuer Konsens? von Armin Laschet, stellv. Bundesvorsitzender CDU Deutschland

Demografischer Wandel, Digitalisierung, Globalisierung, veränderte Sozial- und Familienstrukturen, Zuwanderung und Integration – unsere Gesellschaft erlebt tiefgreifende Umbrüche. Als Volkspartei der Mitte ist es unser Anspruch, Antworten auf die damit verbundenen Fragen zu finden. Unsere Ziele sind eine aktive Bürgergesellschaft und ein starker Zusammenhalt. Deshalb wollen wir Familien stärken, Ehrenamtler fördern, qualifizierte Zuwanderung ermöglichen, den digitalen Wandel gestalten und Bürger stärker beteiligen. Wir wollen Deutschland zur Aufsteigerrepublik machen.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung
Hauptabteilung Politische Bildung
Urfelder Straße 221 | 50389 Wesseling

Fotos: Michael Scheppe

Layout und Redaktion: Diana Stuck,
Nora Stankewitz, Maik Richter, Peter Andre, Adrian Arab,
Maximilian Mühlens, Jona Schmidt

Redaktionsschluss: 21. November 2014